



Kein Feinstaubproblem?

Achim Czulwick, Ratsmitglied für AUF Witten



Vor seiner Beförderung nach Bochum hinterließ Stadtbaurat Markus Bradtke noch eine frohe Botschaft:

„Witten hat kein Feinstaubproblem!“

Das hört man gerne, doch allein es fehlt der Glaube!

Seit Gründung im Herbst 2003 machte AUF Witten das Thema **Reinhaltung der Luft** und **Schutz unserer natürlichen Umwelt** zur ständigen Aufgabe. Je mehr wir uns in die Materie einarbeiteten, desto klarer wurde, wie die offizielle Umweltpolitik funktioniert:

Vertuschen, Verharmlosen, Abwiegeln

Vor allem, wenn es um den Verdacht **großindustrieller Umweltverbrechen** geht.

2005 reagierte das Landesamt für Natur-, Umwelt- und Verbraucher-Schutz (LANUV) endlich einmal auf die jahrzehntelangen Beschwerden von Anwohnern über Emissionen vom Edelstahlwerk und stellte einen Messcontainer auf.

2006 wurde somit offiziell bekanntgemacht, **dass die Chrom-Konzentration im Staubbiederschlag weit über dem zulässigen Grenzwert liegt**. Allerdings war der Mess-Container südlich vom Schlackeplatz an der Lessingstraße aufgestellt worden, was die Werte im Mittel sehr viel niedriger ausfallen ließ, denn Südwind ist selten. Damit nicht genug.

Unsere Zeitung *Witten im AUFbruch* Nr. 3/2007 musste unter der Überschrift „**Die Wittener Luft mit ihrem holden Duft**“ dazu leider feststellen:

„Nach Protest des angeschuldigten Edelstahlwerks **reduzierte** das Landesumweltamt flugs die im Jahr 2006 festgestellten Überschreitungen der zulässigen Feinstaub-Grenzwerte **rechnerisch** (!) von 44 auf 22. Jetzt stimmen die Grenzwerte wieder. Dummerweise ist der Feinstaub auch noch mit Nickel und Chrom belastet.“

Diese Erhöhungen aber hielt Gerald Klawe, damaliger Leiter der städtischen Arbeitsgruppe Umweltschutz „**nicht für exorbitant**.“

Seine Stelle ist schon lange aufgelöst, doch die nun mehr zuständige Bezirksregierung in Arnsberg scheint auch nicht besser zu sein, erlangte sie doch traurige Berühmtheit durch ihre Untätigkeit im Dortmunder **Envio-PCB-Skandal**.

So stellt ein Leserkommentar in der WAZ zum unverändert hoch belasteten Staubbiederschlag in der Umgebung des Edelstahlwerks durch Chrom und Nickel nüchtern fest: „**Die zwischenzeitlich von den zuständigen Behörden veranlassten Maßnahmen zur Eindämmung der Staubbiedemissionen scheiterten also ein ums andere Mal kläglich**.“

Inhalt

- 1/2 Feinstaub in Witten
- 3 Herzlich willkommen
- 4 - 7 Leserbriefe
- 8/9 11 Jahre Montagsdemo
- 10 Sommerfest von AUF Witten
- 11 Aufbruch in Kobanê
- 12 Selber Politik machen

Ein Artikel der WAZ vom 2.5.2015, der euphorisch über die Einweihung einer neuen Anlage bei den Edelstahlwerken durch NRW-Umweltminister *Duin* berichtete, forderte eine lebhaftere Auseinandersetzung heraus. Denn was geschrieben wurde, widersprach den persönlichen Erfahrungen der Anwohner.

So würde die neue Anlage *Sekundärmetallurgie*, errichtet mit einem Investitionsaufwand von 50 Millionen Euro, **nicht nur die Veredelung des erschmolzenen Stahls verbessern, sondern auch den Umweltschutz**.

(lesen Sie bitte weiter auf S. 2)



Nach Angaben des Leiters Anlagen-technik der DEW, **Max Heumann**, sind beide Teile der neu gebauten Tuchfilteranlage seit August 2013 mit „*nahezu doppelt so hoher Absaugleistung in Betrieb*“.

Da es sich bei den seit Jahren erhöhten Werten um metallische Staubpartikel handelt, geben sie genau Aufschluss darüber, woher sie kommen. Denn aufgrund ihres Gewichts werden sie nicht weit vom Ursprungsort aufgefunden.

Sollten die Angaben von Herrn **Heumann** (DEW) zutreffen, hätten sich die Staubniederschläge von **Chrom** und **Nickel** in den drei um das Edelstahlwerk herum gelegenen Messpunkten im Jahr 2014 normalisieren müssen.

Die Messwerte aus 2014 aber sind nach wie vor besorgniserregend und außerordentlich hoch:

Chrom, das unter 100 Mikrogramm pro Kubikmeter liegen sollte, wird mit **1.201,8 Mikrogramm pro Kubikmeter, also um das 12fache erhöht gemessen. Nickel**, unter 7,5 Mikrogramm vorgeschrieben, wird mit **148,2 Mikrogramm, also dem 19,7fachen erhöht nachgewiesen.**

Wobei wir keineswegs die Methode der Festsetzung von Grenzwerten für richtig und akzeptabel halten. Chrom und Nickel können Allergien und sogar Krebs auslösen, und da gibt es keinen Grenzwert, mit dem das sicher vermieden werden könnte.

Die nach wie vor krass erhöhten Werte zeigen: **es geht nicht um Umweltschutz!** Bei der 50 Millionen Investition steht offensichtlich der Konkurrenzvorteil im

Vordergrund, weil so die immer spezieller werdenden Kundenwünsche an die Qualität des Edelstahls erfüllt werden können!

Der WAZ Kommentar „*von Crengeldanzstrasse*“ hat wohl Recht mit der Feststellung: „*der größte Teil der giftigen Stäube entsteht nicht in der neu ausgerüsteten Sekundärmetallurgie, sondern bei der Erzeugung des Rohstahls im Elektrolichtbogenofen. Und hier bleibt alles beim Alten. ... Die sinnvollste Maßnahme, nämlich die Stäube die im Elektrolichtbogenofen entstehen aus der Abluft zu filtern, wurde leider vergessen.*“

Ob sie wirklich *vergessen* wurde, darf angesichts der unglaublichen Behauptung von Herrn **Heumann**, mit der neuen Anlage würde auch der Lichtbogenofen entstaubt, bezweifelt werden.

Das Beispiel **DEW** illustriert als Paradebeispiel, wie die Umweltzerstörung zum integralen Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise geworden ist. Perfiderweise wird das, auch noch mit Hilfe der Presse, als Beitrag zum Umweltschutz dargestellt.

Unsere Erfahrungen mit dem Asbestskandal in Stockum, unsere zahlreichen Enthüllungen über vergiftungsbedingte gehäufte Todesfälle von über 50 HP Pelzer Chemie – Arbeitern, unsere Anfrage zum Brand bei HP Pelzer Chemie usw. zeigen, dass auch **auf die Arbeit der zuständigen Aufsichtsbehörden kein Verlass ist!** Von der Rathauspolitik und den tonangebenden Parteien ganz zu schweigen! **Bis heute noch keine Antwort zum Pelzerbrand**, außer der Feststellung

wie beim Brand im Weichenwerk, dass die Bevölkerung nicht gefährdet sei.

Die Behauptung, Witten habe kein Feinstaubproblem, muss als ein weiterer, ziemlich dreister Versuch gewertet werden, die industriellen Umweltverbrechen aus der Schusslinie zu nehmen.

Wobei klar ist, dass sich die Feinstaubproblematik nicht auf einzelne erhöhte Schwermetallpartikel reduzieren lässt. Feinstaub ist aufgrund seiner mikroskopischen Größe lungengängig und kann, auch wenn keine krebserzeugenden Substanzen nachgewiesen werden, das Reinigungssystem der Lunge überlasten und zum Erliegen bringen – mit fatalen Folgen für den Gasaustausch in der Lunge!

Es gibt noch eine Reihe anderer Fragen, z.B. wie viel Dioxin in Witten durch Stahlerzeugung entsteht? Woher kommt der zeitweilig eklige Geruch? Rühren die erhöhten Stickoxid-Werte nur vom Straßenverkehr, zumal sie sich als Gase von der Schlackengrube des Edelstahlwerks aus in der ganzen Stadt verteilen können?

Wer sich für die allseitigen Wechselwirkungen aller bekannten umweltschädigenden Faktoren interessiert und wie aus dieser Gesamtschau konkrete Handlungs- und Lösungsperspektiven abgeleitet werden, dem empfehle ich persönlich das für mich ultimative Buch dazu:

Stefan Engel

KATASTROPHENALARM! Was tun gegen die mutwillige Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur? Taschenbuch, 17,50 Euro, ISBN 978-3-88021-400-2

Auszüge aus dem Umweltprogramm von AUF Witten

AUF Witten fordert die Umkehr der Beweislast für Betriebe, deren Produktion Schadstoffe freisetzt. Verschärfung der Grenzwerte für Schadstoffe und Elektromog.

Echte Kreislaufwirtschaft mit örtlichen Biogas- und Kryo-Recyclinganlagen. Damit können wertvolle Rohstoffe zurück gewonnen und regenerative Energie produziert werden, anstelle einer Zerstörung der Rohstoffe durch die Müllverbrennung. Außerdem werden neue Arbeitsplätze geschaffen.

Für eine echte regenerative Energiewende, die vor allem auch dezentral z. B. durch Kleinwind- oder Biogasanlagen erreicht werden soll. Diese kommen langfristig dem Gemeinwohl zu gute. Atom- oder Kohlekraftwerke dienen nur den Gewinnen der Energieriesen.

Vollständig nachzulesen unter:
auf-witten.de/über-auf-witten/wahlprogramm.html#umwelt

Herzlich willkommen!

Diana Vöhringer

Mitglied im Vorstand von *AUF Witten*



Hunderte von Wittenern leisten ehrenamtliche Hilfe für die Versorgung der Neuankömmlinge, sie kümmern sich aufopferungsvoll um die Flüchtlinge. Zur Willkommenskultur gehört auch, die Flüchtlinge vor rassistischer und faschistischer Hetze und Angriffen zu schützen, wie vor kurzem von der *NPD* in Witten versucht.

Eine solche bisher nicht gekannte Solidarität ist äußerst erfreulich.

Die Leute sind empört über die mörderische Abschottung der EU, die das Mittelmeer in ein Massengrab Zehntausender ertrunkener Flüchtlinge verwandelt hat.

Aktuell werden weltweit über 60 Millionen Menschen auf der Flucht gezählt – das ist die höchste Weltflüchtlingszahl seit dem zweiten Weltkrieg.

Die internationale Flüchtlingskrise ist ein dramatisches Problem der Menschheit.

Etwa jeder fünfte Mensch auf der Erde lebt in Migration, um überleben zu können. Immer mehr Regionen werden unbewohnbar, durch Umweltschäden, Kriege, faschistische Terrorbanden und Hungersnot.

Aber die Herrschenden können und wollen an den Ursachen dieser Flüchtlingskrise nichts ändern. Erst massenhafte Proteste erzwangen inzwischen einige



durch die EU koordinierte Rettungseinsätze.

Viele Kommunen wurden vor scheinbar unlösbare Probleme gestellt, innerhalb von kurzer Zeit eine menschenwürdige Unterkunft, Verpflegung, Betreuung und medizinische Versorgung der Flüchtlinge zu organisieren, weil die landeseigenen Erstunterkünfte katastrophale Zustände aufwiesen.

Drei der fünf Erstaufnahmeeinrichtungen mussten zeitweise geschlossen werden wegen unmenschlicher Zustände durch Überbelegung. In Dortmund sollten bei 350 Plätzen zeitweise 900 Flüchtlinge untergebracht werden, mit Schlafplätzen auf der Wiese unter freiem Himmel.

Die Errichtung von Ghettos, mit teilweise vergammelten Unterkünften in stillgelegten Kasernen usw., wird von immer mehr Menschen und Einrichtungen kritisiert.

AUF Witten will die Zusammenarbeit mit Flüchtlingen und Flüchtlingsinitiativen wei-

terentwickeln, in der Bevölkerung für Solidarität mit den Flüchtlingen werben und **gemeinsam mit ihnen für die Durchsetzung folgender Forderungen kämpfen:**

- **Weg mit den Verschärfungen des Ausländer- und Asylrechts** – uneingeschränktes Asylrecht auf antifaschistischer Grundlage.
- Keine erkennungsdienstliche Behandlung von Flüchtlingen.
- Aufhebung aller Einschränkungen der Bewegungsfreiheit für Flüchtlinge
- **Verbot fremdenfeindlicher und rassistischer Demonstrationen vor Flüchtlingsunterkünften**
- *besonders aktuell:* **Öffnung eines humanitären Korridors** an der türkisch-syrischen Grenze für den **Wiederaufbau von Kobanê!**
- **Betrieb aller Flüchtlingseinrichtungen durch gemeinnützige Einrichtungen** (Diakonie, Caritas, AWO usw.) – keine Vergabe an kommerzielle Unternehmen
- Nutzung und soziale Renovierung vorhandenen Wohnraums, Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen
- Deutschkurse für alle und konsequente Durchführung der Schulpflicht für Flüchtlingskinder
- Möglichkeiten, sich das Essen selbst zu kochen; Sanitäranlagen entweder im Gebäude oder als direkt zugängliche Anbauten
- Unbürokratische Erteilung von Arbeitserlaubnissen unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

Was ist und wofür steht AUF Witten?

AUF Witten ist ein überparteiliches Kommunalwahlbündnis.

Niemand wird auf ein Parteiprogramm festgelegt.

Jeder, außer Faschisten, Nationalisten und religiösen Fanatikern, kann gleichberechtigt mitarbeiten.

Wie Menschen unterschiedlicher Weltanschauung zu gemeinsamen Lösungen für die kommunale Daseinsfürsorge kommen, regeln unsere Grundsätze und Satzung.

Damit haben wir seit Gründung 2003 sehr gute Erfahrungen gemacht. Seit 2004 ist *AUF Witten* mit einem Mandat im Wittener Stadtrat vertreten.

Dort arbeiten wir als Sprachrohr kommunaler Bewegungen für eine lebenswerte Stadt mit Zukunft für unsere Jugend.

AUF bedeutet: **Alternativ • Unabhängig • Fortschrittlich**

Zuschriften (Seiten 4 bis 7)

(Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen)

Zum Thema Abholzung im Dorneywald

Vorbemerkung der Redaktion:

Nachdem wir im *AUFbruch* einen Leserbrief der „**Bürgerinitiative Pro Oespeler Lebensraum**“ zu den groß angelegten Fällarbeiten im Dorneywald an der Grenze zu Stockum veröffentlicht hatten, brachte auch die *WAZ* einen Artikel dazu. Darin erteilt *Wolfgang Lippert*, früherer *FDP* Vorstand, von den *Heimatreunden Stockum/Düren* der Stadt Dortmund einen Freibrief: „**Die Forstleute werden schon wissen, was sie tun. Ich denke, es wird nötig sein, damit die jungen Bäume besser nachwachsen können.**“

Dazu schreibt die Oespeler Initiative:

Wenn wir alles der Verwaltung glauben würden, würde es uns nicht schon fünfzehn Jahre geben und das mit gutem Erfolg. Wir haben uns nicht wegen der "Holzernte" im Dorney-Wald gegründet.

Der Sturm Ela hat im Dorney nur geringe Schäden angerichtet, wie man einem Schreiben von Stadtrat Lürwer entnehmen kann. Richtig ist natürlich, dass nicht standsichere Bäume entlang der Wege gefällt werden müssen, aber hier wurde auch mittig im Wald kräftig Hand angelegt.

Auffällig ist, dass man in den Fällbereichen kaum noch dicke Bäume vorfindet, so dass die Altersstruktur der restlichen Bäume nicht die eines Plenterwaldes ergibt. Denn der zeichnet sich durch eine Vegetation aller Wuchshöhen aus. Vom Keimling bis hin zum



Foto: Pro Oespel

Jahrhunderte alten Baum sind alle Altersklassen und alle Stamm-Dimensionen vertreten.

Die geraden und dicken Bäume wurden in 12 Überseecontainern verladen, die ab nach China gingen.

„Es wird nur so viel Holz geerntet, wie im gleichen Zeitraum nachwächst.“, **also schlicht eine Holzplantage.**

Die Wälder in Dortmund, die unter Naturschutz stehen sind pfleglich zu behandeln und keine Wirtschaftswälder. Ich empfehle hierzu unsere Seite www.pro-oespel.de/dorney_galerie.htm zu lesen.

Pro Oespeler Lebensraum

Ein anderer Leser schreibt zur aktuellen Situation:

Es hat dort wohl, wie mir eine Spaziergängerin erzählt hat, während des laufenden Einschlags verheerend ausgesehen, weil alles kreuz und quer liegen gelassen wurde und zunächst nichts abgefahren wurde. Diese optische Situation kann aber nicht als ein harter Beweis herangezogen werden, um zu folgern, dass hier nicht nachhaltig forstgewirtschaftet wurde. Als ich jetzt mit dem Fahrrad da durch fuhr, sah man noch ein paar unaufgeräumte Ecken und die Furchen der Rückewege. Im nächsten Jahr wird davon nichts mehr zu sehen sein. Was die Größen- bzw. Altersstufung betrifft, so sieht das auch nicht nach Kahlschlag aus.

Die ganz großen bzw. alten Bäume bzw. Buchen scheinen an den meisten bearbeiteten Stellen entfernt worden zu sein – nach den Stümpfen zu urteilen.

Da hätte man vielleicht noch hier und dort einen stehen lassen können, wenn möglich, also der jeweilige Baum noch stabil und vital genug, das weiß ich aber nicht. Jetzt besteht der Hochwald aus in lichtem Abstand stehenden Bäumen mittlerer

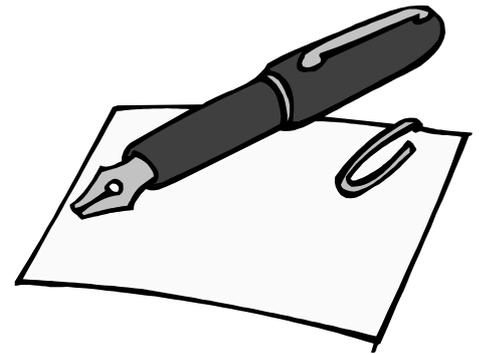


Foto: C.L.

Größe. Wenn die Sonne von oben scheint, ist fast überall noch Schatten (siehe mein Foto). Aber man sieht doch überall verstreut Sonnenflecken auf dem Waldboden und der Schatten ist nicht so wirklich dunkel. Das ist aber ja auch gewollt, so wie ich das verstanden habe, wenn man eine gezielte Verjüngung des Waldes anstrebt, der dann auch widerstandsfähiger wird.

Was man allerdings hier jetzt machen muss, das ist aufpassen, dass das dann auch wirklich so passiert. Also, dass der Wald jetzt wieder in Ruhe gelassen wird und die Bäume wieder ganz die volle Höhe erreichen können.

Vermutlich hat der Einschlag mehr gekostet, als daran verdient wurde.

Das heißt nicht, dass wir uns hier nicht an einer Schnittstelle zwischen ökonomischen Begehrlichkeiten und ökologischen Nachhaltigkeitsbestrebungen befinden. **Wachsamkeit ist meines Erachtens angesagt und es kann nicht verkehrt sein, wenn die Zuständigen wissen, dass es Leute mit Expertise gibt, die verfolgen was läuft.**

C.L., Witten

Wir haben von weiteren Lesern die Information, dass nicht nur hier Bäume verstärkt abgeholzt wurden, sondern in ganz NRW. Dazu mehr im nächsten AUFbruch.

Zum Thema Bürgermeisterkandidatur

Vorbemerkung der Redaktion:

Zum Interview mit Ratsmitglied *Achim Czulwick* im letzten **AUFbruch** meldeten sich kritische Stimmen. Ein Leser bedauerte die Entscheidung, nun doch nicht für das Bürgermeisteramt zu kandidieren. Ein anderer war damit einverstanden, aber nicht mit der Bekanntgabe der Nichtkandidatur als Aufmacher auf Seite 1. Letztere Kritik finden wir richtig, weil bei uns immer der Kampf der Wittener um eine lebenswerte Stadt im Mittelpunkt stehen sollte. Dazu auch die Antwort von *Achim Czulwick* an den Leser, der ihn gerne als Kandidat gesehen hätte.

Sand im Getriebe

Ich verstehe Eure Argumentation und dass man sich nicht zum Büttel der Sparpolitik nach Landesmanier machen will – im Land sind die Politikerinnen, wie fast immer, zu blöd, die „abgefuckte“ Politik des großen Geldes zu verstehen (oder sind selbst verstrickt – WestLB) und machen einen auf Erfüllungsgehilfen bzw. sind so satt, dass sie sich nicht mehr in die Lage der Bevölkerung hineinversetzen können.

Allerdings wäre die aktive Kandidatur von Euch auch nicht verkehrt – **nämlich dann Sand im Getriebe gegen diese sinnentleerte Wachstumspolitik der gemeinen Parteien zu sein.** Sozusagen Aufsehen erregen, indem man einfach nicht mehr mitspielt und wenn man das dann auch noch gut darstellt warum man das jetzt so tut.

Es gibt mehr Leute, die das gut finden würden, als man glaubt. Vielen stinkt dieses System, welches von Gesundheitsbetern, Abwieglern,



Herunterspielern oder sogar Halunken okkupiert wird, während die anderen Leute immer mehr mit dem reinen Überleben beschäftigt werden.

C.L., Witten

Stärkung der AUF Bewegung

Wir sehen unsere Rolle nicht darin, Sand im Getriebe zu sein. **Aber selbstverständlich muss es darum gehen, eine richtige Opposition aufzubauen. Das geht aber nur mit einer alternativen Kommunalpolitik.**

2003 haben wir *AUF Witten* mit dem Anspruch gegründet, Menschen dazu zu bewegen, politisch selbst aktiv zu werden. Die Gründung des überparteilichen Kommunalwahlbündnisses war eine Kritik an der parlamentarischen Illusion, mit der Stimmabgabe wirkliche politische Änderungen zu erreichen. Die Abgabe der eigenen Stimme an einen Stellvertreter ist keine Lösung. Die wachsende Wahlenthaltung, wie zuletzt in Bremen, zeigt, dass es für viele schon nichts mehr zu wählen gibt. **Natürlich setze ich mich als Sprachrohr für die berechtigten Anliegen der Bevölkerung ein,** aber eben nicht in dem Sinne, um zu zeigen, dass ich ein besserer Stellvertreter bin.

Wir wollen, dass die Leute lernen, selbst Politik zu machen. Dass sie dazu von ihren gewählten Vertretern unterstützt, beraten und geschult werden, **aber eben nicht ihre Initiative abgeben.**

Eine Mehrheit für diese alternative Politik im Rat wäre natürlich ein großer politischer Erfolg, doch selbst wenn das unter den hiesigen Verhältnissen gelänge, wäre der Rat wie das Amt des Bürgermeisters immer noch Teil des parlamentarischen Systems, das den Vorgaben der kapitalistischen Staatsordnung folgt.

Die ganze Umverteilungspolitik, die auf Kosten der Kindergärten, der Familienförderung, des sozialen Wohnungsbaus, der Flüchtlinge geht, zeigt das in aller Deutlichkeit. Zahlreiche gesetzliche Vorgaben sorgen dafür, dass die Bezirks- oder Landesregierung einschreiten würde, wenn

ein Rat aus der Reihe tanzt. Eine Maschine ändert eben nicht dadurch ihre Mechanik, in dem die Zahnräder abwechselnd in rot-grün, schwarz-rot oder schwarz-gelb lackiert werden.

Zur Bürgermeisterwahl sehen wir, im Sinne unserer alternativen Politik, **unsere Aufgabe in der Stärkung des AUF Bündnisses.** So kann anders agiert werden, wird auch mein Auftreten als Sprachrohr dieser alternativen Politik an politischem Gewicht gewinnen.

Achim Czulwick, Ratsmitglied

Innensicht

Ich bin beim ersten Blick auf den aktuellen *AUFbruch* entsetzt zusammengezuckt. Die Überschrift macht die Geschehnisse innerhalb unseres Bündnisses zum Nabel der Welt.

Wir müssen mit politischen Inhalten ansprechen, die die Leute bewegen, wie das mit dem *Augustinchen* ausgezeichnet gelungen war. Der Artikel vermittelt einen Einruck, als sei die Bürgermeisterwahl ein Selbstzweck einer politischen Organisation. Davon haben die Leute die Nase voll. Dieser Artikel mit seiner Innensicht stellt das Bündnis falsch dar und **schreckt damit die Leser ab, sich zu organisieren.**

Nach der Entlarvung der Rolle der Bürgermeister als Büttel der Umverteilung, was gut gelungen ist, stellt sich jeder die Frage, war es überhaupt sinnvoll, kandidieren zu wollen? Die dann folgende wahltaktische Begründung zielt auch auf die Erhöhung unserer Stimmenzahl. Das aber trennt die Stimmenzahl vom Gewinnen von Leuten, die in unserem Bündnis mitwirken wollen. **Die Frage, wie wir Politik machen, müssen wir viel mehr mit der Frage vom Inhalt verbinden.**

So war ich voll für den Streik der *GDL*, weil sie kämpferisch auftrat **und** Arbeitsbedingungen und Einkommen durchsetzen wollte, mit denen die Bahnleute stressärmer leben und arbeiten können. Davon profitiere ich auch als Fahrgast.

R.M., Dortmund

Zum Thema Behindertenpolitik

Vorbemerkung der Redaktion:

Nachfolgend ein aufschlussreicher Schriftwechsel mit dem Bürgermeisterkandidaten Schweppe zum Thema Behindertenpolitik. Die zuständigen Ratsmitglieder scheinen offensichtlich befangen. Fürchten sie als Vertreter der offiziellen Behindertenhilfe eine Konkurrenz durch Behinderte, die sich um ihre Sache selbst kümmern? Schweppe's Gummierklärungen rühren wohl daher, dass er dasselbe Parteibuch hat. Die angefragte CDU hat sich überhaupt nicht geäußert.



Fragen zur Behindertenpolitik

Wie gestalten Sie als Bürgermeister die Politik für Behinderte in Witten? **Muss aus Ihrer Sicht die Behindertenpolitik zugunsten profitablerer Politikfelder vernachlässigt werden?**

Hat unter einem Bürgermeister Frank Schweppe eine Integrationsmesse, wie sie am 25.04.2015 vom Wittener Internationalen Netzwerk veranstaltet wird, **auch die Menschen mit Behinderung im Blick?**

Gibt es unter einem Bürgermeister Frank Schweppe einen Behindertenbeirat? Werden Sie, sehr geehrter Herr Schweppe, zu Letztgenanntem Ihre Macht als Bürgermeister zur Gründung eines derartigen Beirats einsetzen und **gegen Ihre eigene Fraktion stimmen bzw. selbige auf den Kurs zum Behindertenbeirat hin bringen?** Begründen Sie bitte in jedem Fall Ihre Entscheidung und legen Sie Ihr Vorgehen dar!

Dr. Carsten Rensinghoff

Geduld haben

Wie Sie wissen, ist die Einrichtung des Behindertenrats nicht abgelehnt worden. **Der Antrag wurde vielmehr zurückgezogen.**

Die Idee zur Einführung eines Behindertenbeirats soll **später in der Lenkungsgruppe** (vergl. Vorlage 0187/V16) zur Sprache kommen und dort weiter beraten werden. Hier gilt das Motto: „Nicht ohne uns über uns“.

Diesen Beratungen möchte ich nicht vorgreifen.

Sofern Sie mich persönlich zu meiner Haltung befragen, mag es Ihnen genügen, dass ich wegen meines eigenen, angeborenen Handicaps ausreichend für die Belange von Menschen mit Behinderungen sensibilisiert bin. Das wird auch weiterhin meine Arbeit im Rathaus prägen.

Sofern Sie Fragen an Ratsmitglied Humbert haben, klären Sie das am besten unmittelbar miteinander.

Wir alle müssen bei der großen Aufgabe Geduld haben – nach meiner Einschätzung wird es eine Generation dauern, bis die Inklusion im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention in allen Köpfen und Herzen angekommen ist und tatsächlich gelebt wird.

Frank Schweppe

Spielen mit Geduld nicht hinnehmbar

Ich erkenne in dieser Antwort eine unterschiedliche Wahrnehmung des Wortbeitrags des RM Claus Humbert in der Sitzung des *Ausschusses für Soziales, Wohnen, Integration und Demografie* vom 04.03.2015:

Mir ist nicht bekannt, dass sich der Lenkungsausschuss mit der Gründung eines Behindertenbeirats befassen soll – **und er kann den Behindertenbeirat dann auch mehrheitlich ablehnen.** Wer ist denn in diesem Lenkungsausschuss vertreten? Soweit ich mich richtig erinnere sind das vom Rat entsandte Personen. Es kann also durchaus sein, dass dort wieder eine Politik über uns Behinderte – aber ohne uns Behinderte betrieben wird – **und ohne Behindertenbeirat**, weil der Lenkungsausschuss

aus den Funktionären der "überkommenen" Behindertenhilfe besteht.

Das Spielen mit der Geduld ist eine Vorgehensweise, die in schulischer Hinsicht auch von Sylvia Löhrmann betrieben wird, **die aber für uns Behinderte nicht hinnehmbar ist.** Das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die Convention on the Rights of Persons with Disabilities — CRPD, **ist seit März 2009 in der Bundesrepublik Deutschland rechtskräftig.**

Wenn ich mir die Fortschritte zum Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Wetter/Ruhr beispielsweise anschau, dann bedaure ich meinen Wohnsitz in Witten zu haben.

Ist dieser zähflüssige Start des Aktionsplans in Witten, von dem ich bisher auch nur den Start mitbekommen habe, Ihnen als Sozialdezernent anzulasten? **Konkret hätte seit 2009 hier in Witten schon viel mehr Barrierefreiheit geschaffen und nicht bürokratisch noch konstruiert werden dürfen.** Beispielhaft erlaube ich mir den Zustand der innerstädtischen Gehwege zu nennen, die für Gehbehinderte oft nur durch häufiges Hinfallen und Stolpern bewältigbar sind. Vielleicht schafft es aber ein Bürgermeister Schweppe diese Barrieren durch umfangreiche Baumaßnahmen, bei gleichzeitig leeren Kassen, und v. a. mit Zustimmung durch 90% der CDU-Fraktion und einigen - Ihnen wohlgesonnenen - Ratsmitgliedern der SPD-Fraktion zu beseitigen.

Dr. Carsten Rensinghoff

Gesprächsangebot

Ich glaube, dass uns ein Gespräch immer weiter bringen kann, als ein Mailaustausch.

Frank Schweppe

Es ist dringend nötig, die breite Öffentlichkeit einzubeziehen. Ein Mailaustausch hilft dabei. Behinderte, Kranke, Kinder und Jugendliche rangieren am Ende der Werteskala, das muss sich ändern. Insofern unterstützen wir eine aktive Behindertenpolitik und wünschen Dr. Rensinghoff Ausdauer und Erfolg!

Zum Thema Prozenthürde

Keine Rückkehr der Sperrklausel!



Obiges offizielles Logo wirbt für Vielfalt in den Schulen. **Für die Stadträte soll es nach Überlegungen der etablierten Politik jedoch nicht gelten.** Dabei sind die kommunalen Räte in Deutschland herrlich bunt gemischt. Noch nie hatten wir eine solch große Vielfalt an Initiativen und alternativen Bündnissen in den Stadt-Parlamenten.

Das wurde möglich, weil aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts die Prozenthürden für die Wahl der Kommunalparlamente in den verschiedenen Bundesländern abgeschafft wurden.

Das gefällt den regierenden Parteivertretern von *SPD*, *CDU* und *Grünen* aber ganz und gar nicht. **Sie bringen**

immer wieder die Wiedereinführung einer Prozenthürde ins Gespräch, damit das Regieren wieder leichter werden soll. Die Vorschläge dazu pendeln sich bei einer 3 Prozenthürde ein.

Damit würden alle die neuen Kräfte, die in letzter Zeit in die Räte eingezogen sind, wieder außen vor bleiben.

Dabei repräsentiert der aktuelle Rat der Stadt Witten aufgrund der rückläufigen Wahlbeteiligung nur noch eine Minderheit der Wahlberechtigten. Eine Entwicklung, die es nicht nur in Witten gibt.

Wer unter diesen Bedingungen auch noch neue und aktive Kräfte nur deshalb ausschließen will, weil sie un bequem sind, liegt völlig daneben.

Natürlich haben es die Oberen schwer, wenn sich die Bevölkerung nicht mehr so gerne gängeln und bevormunden lässt.

Doch genau aus diesem Grund darf es keine Rückkehr zu einer Prozenthürde geben. Allerdings nicht aus der illusionären Überlegung heraus, eine alternative Politik könne allein mit dem Stimmzettel beschlossen werden.

Die Erfahrungen zeigen eindeutig, dass eine alternative Politik, mit positiven Ergebnissen für die breiten Massen, nur im Kampf durchgesetzt werden kann.

Denn nur wo es großen Druck politisch aktiver Menschen gibt, werden

die dazugehörigen Beschlüsse in den Gremien folgen.

Deshalb gehören der Kampf, z.B. mit Demonstrationen und Streiks, und eine Präsenz im Stadtrat untrennbar zusammen.

Deshalb werden auch Ratsvertreter gebraucht wie unser Ratsmitglied Achim Czulwick, die als Sprachrohr im Rat die Anliegen und Forderungen der alternativen Bewegungen vorbringen, bekannt machen und sich für ihre Verwirklichung einsetzen.

Deshalb brauchen wir auch eine, **von Sperrklauseln unbehinderte Kandidatur** überparteilicher Bewegungen wie *AUF Witten* zur Kommunalwahl, die den Widerstand gegen das systematische Ausbluten der Kommunen zu organisieren helfen und breit bekannt machen.

In diesem Sinne wäre eine 3 Prozenthürde ein Schritt zurück.

Aber die Erwartungen der etablierten Politiker, sie hätten es mit einer Sperrklausel leichter, weil sie so unter sich bleiben könnten, sind utopisch.

Denn niemand bräuchte sich durch eine Sperrklausel davon abhalten zu lassen, zusammen mit *AUF Witten* für ein lebenswertes Witten zu kämpfen und sich in der neuen Opposition zu organisieren.

U.W., Witten



Peter am 1. Mai 2013 mit seiner bereits vor 1 Jahr verstorbenen Freundin.

Nachruf

Kurz vor Vollendung seines 55. Lebensjahres verstarb unser Mitglied

Peter Brodowski.

Peter Brodowski war ein politisch interessierter, aufgeschlossener und ausgesprochen hilfsbereiter Mensch. 2011 hat er sich uns im Zuge unserer Aktion „**Für ein kinderfreundliches Witten**“ angeschlossen, weil er sich für eine bessere Zukunft der Jugend einsetzen wollte. Engagiert verteilte er unsere Zeitung **Witten im AUFbruch** und verschickte sie in Eigeninitiative an Bekannte.

Er half mit bei Infoständen und Aktivitäten von *AUF Witten* im Wahlkampf und nahm regelmäßig an der Montagsdemo teil.

Peter Brodowski hatte erheblich mit privaten Problemen und Enttäuschungen zu kämpfen. Die Chance zum Neubeginn nach seinem Herzinfarkt Anfang des Jahres konnte er bedauerlicherweise nicht mehr nutzen, weil er einen zweiten Herzinfarkt nicht überlebte. Er wird uns fehlen.

Dr. Romeo Frey im Namen des Vorstandes von *AUF Witten*

11 Jahre Montagsdemo

Andreas Bremer
Montagsdemo Witten



Als Bundeskanzler Gerhard Schröder am 14. 3. 2003 in seiner Regierungserklärung unter dem Slogan "Agenda 2010" ankündigte "Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem einzelnen abfordern müssen", war dies praktisch der Startschuß der Montagsdemonstrationen, die bis zum heutigen Tag in fast 100 deutschen Städten andauert.

Nach ersten kleinen Protesten waren es etwa 100.000 Teilnehmer einer gewerkschaftsgestützten, zentralen Demonstration, die sich am 1.11. 2003 in Berlin gegen die **Agenda 2010 – Politik** wandten.

Rechtsstatus. Unter 50-jährige wurden schon nach 1 Jahr automatisch Bezieher von Hartz 4, **mussten also ihre Bedürftigkeit nachweisen und unterlagen allen von den Behörden angeordneten Auflagen.** Unabhängig davon, wie lange sie zuvor in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hatten. Dafür gab es nur noch das absolute Existenzminimum (wenn überhaupt) von 345 € Zum Leben zu wenig, zum Sterben zuviel.

Nicht nur Arbeitslose betroffen

Das betraf nicht nur Arbeitslose, sondern alle Versicherten, alle Erwerbstätigen hatten Verschlechterungen hinzunehmen.

Im Ergebnis sank das durchschnittliche Lohnniveau vor allem in den Niedriglohnbereichen bis heute um ca. 30 Prozent.

So eint der Widerstand gegen die skandalösen Hartz-Gesetze die Aktiven der Montagsdemo bis zum heutigen Tag.

Dieser Widerstand hat bisher nicht ausgereicht, um den Sozialabbau und die mit dem Druckmittel Hartz 4 erzwungenen Hungerlöhne zu verhindern:

Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer!

Montag wurde zum Tag des Widerstands!

Die Themen haben sich vervielfältigt: zum Kampf gegen die Armut per Gesetz kamen dazu

- der Kampf um die Herabsetzung des Rentenalters und gegen Absenkung des Rentenniveaus
- für eine Ausbildungsgarantie,
- für ein kostenloses Gesundheitssystem,
- für ein gesichertes Grundeinkommen,
- der Kampf gegen Atomkraft für erneuerbare Energien,
- Widerstand gegen die rigorose Vorgehensweise der Superreichen begründet in der krisenhaften Entwicklung des

Am 30.8. 2004 gingen dann in 200 deutschen Städten über 200.000 Menschen gegen den Sozialabbau auf die Straße. Der primäre Slogan hieß von Anfang an "**Hartz 4 muss weg!**". Damit war auch der Grundstein im Kampf gegen die Hartzgesetze gelegt.

Die Lage der Arbeitslosen wurde durch diese Gesetze drastisch verschlechtert.

Durch die Zusammenlegung von **Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe** verlor die Arbeitslosenhilfe ihren bisherigen

Kapitalismus bei gleichzeitigem Sozialabbau und rücksichtsloser Plünderung der Rohstoffe.

Märchen Jobwunder

Angeblich ist die Zahl der Erwerbslosen auf ein Rekordtief von nur noch gut 3 Millionen gesunken - aber komischerweise sind gleichzeitig 7 Millionen Menschen von Hartz 4 betroffen.

Wie kann das sein?

Dies ist nur möglich mit statistischen Tricks. Viele Menschen werden einfach aus der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit (BA) herausgestrichen.

Nur von (oft mehreren!) Minijobs, Teilzeit- oder Leiharbeitsstellen mit Lohndumping kann kein Mensch alleine leben! **43,3% aller Stellen sind keine Normalarbeitsverhältnisse, sondern müssen mit Hartz 4 aufgestockt werden!** Sie fallen aber aus der Arbeitslosenstatistik raus - eine skandalöse Moglepackung!

Allein in Witten beklagen wir (Stand 31.5.15) **4.131 Arbeitslose**, doch die Dunkelziffer ist **bedeutend höher**. Und zwar durch die Einführung von Dumpinglöhnen in Minijobs und Teilzeitbeschäftigungen, die auf mehr Beschäftigte verteilt werden.

Somit ist hier die "offizielle" Arbeitslosenquote auf 8,2% gesunken - reine Schönfärberei!

Fortsetzung von Seite 8



gesehen auf der Großdemonstration in Berlin im Herbst 2013

dieses Jahr am 3. Oktober in Berlin, Alexanderplatz, 12 Uhr

Widerstand mit Perspektive

Seit nunmehr 11 Jahren geht die Montagsdemonstration gegen diese unsinnige Politik auf die Straße.

Dabei kämpfen wir bei den Montagsdemos nicht nur für die Abschaffung der menschenverachtenden Hartzgesetze, sondern auch für eine **30 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich**. Denn die vorhandene Arbeit muss nicht nur auf mehrere Schultern verteilt werden, damit Millionen von Menschen wieder an die Arbeit kommen. Man soll vom erzielten Einkommen auch leben können.

Wir fordern eine **Ausbildungsquote von 10 Prozent** in der Großindustrie und in der Stadtverwaltung Witten. Volle Übernahme der Ausgelernten, damit die Jugendlichen **eine Perspektive** haben!

Weiterhin treten wir ein für die **Rettung der Umwelt**, für **internationale Solidarität** und eine **lebenswerte Zukunft**.

Rettung der Umwelt

Wir wehren uns gegen den **Kahlschlag der Wälder**, speziell im Dorney (siehe *Witten im AUFbruch* Nr. 1/2015) sowie gegen einen allgemeinen Baumfällwahn im gesamten Stadtgebiet!

Unvermindert steigt die Erderwärmung, regionale Umweltkatastrophen nehmen zu. **Auch aus diesem Grund ein Nein zum geplanten Abkommen TTIP**, dem sogenannten *Freihandelsabkommen* zwischen den USA und der EU.

Die Verabschiedung des Abkommens würde bedeuten, dass ein Regelwerk in

Kraft gesetzt würde, das primär den Konzernen nützt, während es den Menschen schadet. Wieder einmal würde sich die Politik den Interessen der Konzerne unterwerfen.

Es ginge einmal mehr zu Lasten der Umwelt und zu Lasten der Souveränität der Länder in demokratischen Prozessen darüber zu entscheiden, welche Verbraucher-, Arbeitnehmer-, und Umweltrechte sie haben wollen. Dies muss verhindert werden!

TTIP würde auch weltweit Investoren unterstützen, die durch Gas-Fracking ihre Gewinninteressen gegen jeden Widerstand durchsetzen wollen.

Gas-Fracking bedeutet unkonventionelle Gasförderung mit einem hochgiftigen Chemiekaliengemisch bei horizontal abgelenkten Bohrungen in bis zu 6000 m Tiefe. Dadurch wird nicht nur Grundwasser verseucht, auch Mikroorganismen werden abgetötet und somit irreparable Umweltschäden verursacht.

Die Montagsdemo wehrt sich auch gegen diese Vorhaben!

Demokratischer Aufbau in Kobanê

Wir erklären uns auch solidarisch mit den kurdischen Widerstandskämpfern in Kobanê gegen die faschistische Terrormiliz IS.

Dazu beteiligten wir uns unter anderem auch an einem **Solidaritätskonzert** in der *Wittener Werkstatt* am 8. März 2015. Im Herbst 2014 organisierten wir eine von rund 150 Teilnehmern besuchte **Kundgebung**. Das war sehr wichtig, weil die Medien überwiegend vom un-

mittelbar bevorstehenden Fall der Stadt Kobanê berichteten. Doch dem war nicht so!

Trotz militärischer Unterlegenheit konnten der kurdische Widerstand und die internationale Solidarität den IS Faschisten erstmals ein herbe Niederlage beibringen und den Mythos der Unbesiegbarkeit des IS brechen.

Wir sind stolz darauf, dabei mitgewirkt zu haben und fordern aktuell von der **türkischen Regierung die Einstellung ihrer kriegerischen Handlungen gegen den kurdischen Befreiungskampf** und die PKK sowie einen humanitären Korridor und Grenzöffnung nach Kobanê!

Mehr Mitstreiter werden gebraucht!

Die Montagsdemo muss für die Bürger noch transparenter gemacht werden, um wieder mehr Teilnehmer zu gewinnen. Vor allem auch junge Leute sollten sich für eine aktive Beteiligung an den Demos begeistern – das wäre mal eine sinnvolle Abwechslung zur Beschäftigung mit dem Smartphone!

Die leider viel zu oft gehörte Aussage **"Wir können ja doch nichts ändern"** gilt nicht! Wir dürfen nicht hinnehmen, als Marionetten der Politik, Konzerne und Betriebe missbraucht zu werden.

Wir haben die Macht uns dagegen zu wehren, aber dazu bedarf es eines breiten Widerstands, so wie in der Anfangszeit der Demos im Jahr 2004!

Kommt zu den bundesweiten Montagsdemos und erhebt eure Stimme gegen die Ausbeutung!

Hier in Witten jeden Montag um 17.00 Uhr am Berliner Platz, Ecke Bahnhofstraße/Nordstraße!



Ein gelungenes Sommerfest

Dirk Adamczak, AUF Witten



Am 19. Juli hatte unser Kommunalwahlbündnis *AUF Witten* zu seinem traditionellen Sommerfest am Hammerteich eingeladen. Über 40 Mitglieder, Freunde und Gäste kamen trotz wechselhaftem Wetter, um mit uns zu feiern und sich über die Politik von *AUF Witten* zu informieren.



Das Transparent war eine Gemeinschaftsarbeit, beim Entwurf waren ganz viele beteiligt, die Bilder stammen aus dem Wahlkampf



In einer entspannten Atmosphäre kam es zu einem regen Gedankenaustausch und zu interessanten Gesprächen.

Romeo Frey, Sprecher von *AUF Witten* berichtete vom erfolgreichen Aufbau eines Gesundheitszentrums in Kobanê durch die internationale Solidaritätsbrigade.



Alte Volkslieder zum Mitsingen rundeten das Programm auf dem Sommerfest ab. Dazu gab es zum historischen Kontext eine kurze Einführung. Erstaunlich, dass einige Aussagen noch heute aktuell sind.



Der Grillplatz am Hammerteich, ein schöner Platz zum Feiern, sich unterhalten und näher kennenlernen. Kommen Sie doch Sommer 2016 auch mit dazu!



Kurdisch-türkische Freundinnen beim Grillen. Mit dabei Ratsmitglied Achim Czulwick und Markus Freiburg von der Montagsdemo

Kobanê - demokratischer Aufbruch in Rojava



Hüseyin Çolak,
AUF Witten

Mit dem Abzug der Assad-treuen Truppen stand die überwiegend kurdische Bevölkerung in Nordsyrien vor einer der seltenen historischen Situationen, in denen es Spielräume für eine selbstbestimmte gesellschaftliche Alternative gibt.

Die Bevölkerung organisierte eine Selbstverwaltung, die durchaus vom Aufbau her an Ideen einer Basisdemokratie erinnert. In drei Kantone aufgeteilt nennt sich die gesamte Region heute **Rojava**. Im Gesellschaftsvertrag von Rojava wird das Zusammenleben geregelt.

Dabei wurden dem **Schutz ethnischer Minderheiten, der freien Religionsausübung, dem Recht auf freie Meinungsäußerung und der Gleichberechtigung von Frauen und Männern** zentrale Bedeutung beigemessen.

Dieser **demokratische Aufbruch** bietet nicht nur für Syrien, sondern weit darüber hinaus, einen **realen Gegenentwurf des Widerstands** gegen die diese Region bisher prägenden Herrschaftsstrukturen.

Kobanê ist frei ...

Die nordsyrische Stadt Kobanê ist zum Symbol geworden. Mehr als vier Monate lang versuchten schwerbewaffnete Einheiten des faschistischen IS die Stadt an der Grenze zur Türkei zu erobern. Zwischenzeitlich sah es so aus, als ob die Angreifer Erfolg haben könnten.

Mit Unterstützung von Peschmerga und Luftschlägen der von den USA angeführten Koalition gegen den IS gelang es den Volksverteidigungseinheiten (YPG und YPJ) die gegen ihre Stadt gerichtete Offensive zurückzuschlagen.

... aber in Trümmern

Der Preis, den die Menschen von Kobanê zahlen mussten, ist hoch. Viele haben alles verloren, Die Stadt ist mindestens zur Hälfte zerstört. Jetzt geht es um erste Hilfsmaßnahmen und an die Vorbereitung des Wiederaufbaus. **Es fehlt ein Hilfskorridor.**

Die türkische Regierung und der faschistische IS arbeiten Hand in Hand. Wie in der „Roten Fahne“ Nr. 49/2014 berichtet, existiert eine Studie des New Yorker Instituts für Menschenrechte an der Columbia Universität, in deren Rahmen umfassend die systematische finanzielle, militärische, logistische und

moralische Unterstützung der IS-Faschisten durch die türkische Regierung belegt wird.

Humanitären Korridor öffnen!

Wasser, Lebensmittel und medizinische Nothilfe laufen an. Politisch wird versucht, **endlich die Öffnung der Grenze der Türkei zu erreichen**, damit über einen Hilfskorridor die Menschen in Kobanê versorgt werden können. Die deutsche Regierung leistet keine Wiederaufbauhilfe.

Im Sinne des **Solidaritätspaktes** der revolutionären Weltorganisation **ICOR mit dem kurdischen Volk** werden internationale Solidaritätsarbeiten zum Wiederaufbau von Kobanê organisiert.

So soll vor Ort ein Gesundheitszentrum aufgebaut werden. In dem Solidaritätspakt der ICOR heißt es:

„*Revolutionäre und Antiimperialisten und alle anderen, die den Befreiungskampf des kurdischen Volkes selbstlos unterstützen zusammenschließen. Das folgt dem Grundgedanken der ICOR, überall, wo es möglich ist, praktisch zusammenzuarbeiten, statt sich in erster Linie voneinander abzugrenzen.*“

Die Menschen in Kobanê wissen selbst am besten, was sie brauchen und wie sie ihre entstehende Demokratie entfalten können. In diesem Sinne werden Pläne unterstützt, die vor Ort geschmiedet werden und alle Beteiligten lernen auf Augenhöhe und respektvoll voneinander.



Unterstützen Sie die Petition
"Öffnet die Grenze - Kobanê
muss leben!"



Entweder über www.auf-witten.de
oder direkt bei der Montagsdemo,
jeden Montag um 17 Uhr am Berliner
Platz / Ecke Nordstraße

Selber Politik machen!



Romeo Frey
Sprecher
im Vorstand
von *AUF Witten*

Bei der Wahl zum Bürgermeister im September treten zwei Personen gegeneinander an, die in der Vergangenheit ein einträchtiges Duo gebildet haben: Bürgermeisterin Sonja Leidemann und ihr erster Beigeordneter Frank Schweppe. Das mutet an wie die Frage „Wie willst Du Deine Medizin? Mit dem Strohalm oder mit dem Löffel?“

AUF Witten hat aktuell keinen Bürgermeisterkandidaten aufgestellt, wir berichteten über die Gründe.

Allerdings wird unser Ratsmitglied weiterhin aktiv dafür eintreten, dass Widerstand gegen die Politik des Ausverkaufs kommunalen Vermögens organisiert wird und die Forderung nach einem **Schuldenschnitt** Wirklichkeit wird.

Aus eigener Kraft und ohne eine Neuordnung der kommunalen Finanzen kommt Witten nicht mehr auf die Beine.

Im Gegensatz dazu werden den Kommunen, wie zuletzt mit der Aufnahme

von Flüchtlingen, **immer neue Aufgaben** zugewiesen, ohne die Finanzierung lückenlos abzusichern.

Die notwendige und richtige Aufnahme von Flüchtlingen in den Kommunen ist aber keine kommunale Aufgabe, sondern eine staatliche.

Die Berliner und Düsseldorfer Politik blutet die Kommunen aus und zwingt so auch Witten zur chronischen Überschuldung.

Die **schwarze Null** von Finanzminister Schäuble ist finanziert mit sozialem und kulturellen Kahlschlag, der Schließung von Schwimmbädern, Sport- und Kinderspielplätzen. Das andere Ergebnis sind **Superprofite und garantierte jährliche Zinszahlungen** für die Banken.

Obwohl wir von *AUF Witten* unsere finanzpolitischen Forderungen seit Jahren transparent und nachvollziehbar präsentieren, **hat sich im Rat der Stadt Witten bisher niemand herausgebildet**, der uns auf diesem Wege folgen möchte.

Dabei stehen lebenswichtige Aufgaben an, die finanziert werden müssen. Im Bereich der Umwelt sitzen wir auf einer tickenden Zeitbombe. Doch statt diese Zeitbombe zu entschärfen, drohen zusätzliche Risiken durch das geplante

Freihandelsabkommen mit den USA, das bisher gültige Umweltstandards ignorieren wird. Die Pläne zum **Gas-Fracking** nach Beendigung des Bergbaus sind hochaktuell.

In diesem Zusammenhang will die **RAG** die Wasserhaltung durch Anheben des Grubenwasserspiegels verbilligen, wodurch der in stillgelegten Zechen **verbrachte Giftmüll ins Grundwasser** gelangen kann.

Dazu hat sich das ehemalige Duo Sonja-Frank nicht geäußert, solche elementaren Fragen werden ausgeklammert. Nicht bei uns.

Machen Sie lieber selber Politik, in und mit *AUF Witten*!



Umweltpolitik der Stadt Witten

Termine zum Mitmachen, wir sehen uns!

- **Fr., 18. September:** Umwelt-AG, 18 Uhr, Café Jané
- **Fr., 23. Oktober:** Umwelt-AG, 18 Uhr, Café Jané
- **Mo., 26. Oktober:** Schlussredaktion *Witten im AUFbruch* Nr. 4-2015
Beiträge bitte einige Tage vorher bei Romeo Frey abgeben
- **Sa., 31. Oktober:** Infostand am Berliner Platz (Ecke Bahnhofstr./Nordstr.), 11 – 14 Uhr

Aktuelles und weitere Infos zu den Terminen auf unserer Homepage

Impressum: presserechtlich verantwortlich sowie Informationen zur Arbeit von *AUF Witten*:

Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302 / 81953 • eMail info@auf-witten.de

Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: www.auf-witten.de